



Rubrik vom 21. Dezember 2006

Gewerbeverband der Stadt Zürich

300 Gewerbler und KMUler vor dem Stadthaus!

Am letzten Mittwoch war das Gewerbe mit Megaphon vor dem Stadthaus – die erste öffentliche Kundgebung seit 160 Jahren! Wie konnte es so weit kommen, dass rund 300 Gewerbler und KMU-Vertreter – teils mitsamt ihren Mitarbeitern – für zwei Stunden die Arbeit niederlegten? Das Mass ist voll ... der Gipfeli-Krieg hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

Selbst die Verwaltung ist mit den Paragraphen überfordert

Im Fall der Bäckerei Stocker ist (vorläufig) das Schlimmste abgewendet worden. Sehr beunruhigend ist allerdings die Begründung des Bezirksgerichts: Es stellt sich jetzt heraus, dass die Stadt ohne gesetzliche Grundlage diese Bussen verfügt hat – dass die städtische Lärmverordnung seit 1986 – also seit 20 Jahren – für den Lärm von Betrieben und Anlagen gar nicht anwendbar ist. Es würde uns interessieren, wie viele Bussgelder von KMUs in dieser Zeit ungerechtfertigterweise in die Stadtkasse geflossen sind?

Es gibt für diesen verwaltungsrechtlichen Sündenfall eigentlich nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder ist man bei den Behörden darauf erpicht, möglichst viele Bussen zu verhängen, oder die Stadt sieht vor lauter Paragraphenbäumen selber den Gesetzesdschungel nicht mehr! Offenbar sind selbst die Ämter mit ihren grossen juristischen Abteilungen mit der Gesetzesanwendung überfordert. Vom kleinen KMU verlangt man jedoch Perfektion bis in die kleinste juristische Spitzfindigkeit. Wenn ein KMU einen Fehler macht, zahlt das KMU. Wenn die Stadt einen Fehler macht, zahlt...ebenfalls das KMU. Ausser der Betriebsinhaber hat das Geld und die Zeit, seinerseits mit einer Armada von Juristen aufzufahren.

Bürokratie ist das Ende jeglicher Dynamik

Schuld an dieser Misere sind nicht allein die Ämter, auch bei der Bevölkerung sind die Begehrlichkeiten gross. Der Ruf nach immer mehr Rechten und Vorschriften dringt zu den Politikern durch – die ihrerseits gern als Urheber der einen oder anderen Verordnung in die Geschichte eingehen. Obwohl wir in Deutschland sehen, wohin das alles führt, ist vielen Schweizer/innen das Problem kaum bewusst.

Auch Stadtpräsident Ledergerber konnte die GVZ-Kundgebung vor dem Stadthaus nicht recht einordnen, forderte er doch die Versammelten auf, wieder an die Arbeit zu gehen, statt zu protestieren. Dies wurde mit Buh-Rufen quittiert; immerhin hatten diese als Arbeitgeber einen Betriebsstillstand in Kauf genommen, um ihr Anliegen vorzubringen. Geradezu symptomatisch fiel denn auch die letzte Geste des Stadtpräsidenten aus: Als Hilfeleistung drückte er mir eine aktuelle Ausgabe der Bau- und Zonenordnung in die Hand!

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuerrich.ch